



Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Oder-Spree

Nach intensiven Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen im Landkreis Oder-Spree seit Beginn des Ausbruchs im September 2020 können nach Genehmigung der Europäischen Kommission die festgelegten Restriktionszonen südlich der Bundesautobahn A 12 und südlich des Oder-Spree-Kanals verkleinert werden. Aus diesem Grund erlässt der Landkreis Oder-Spree, vertreten durch den Landrat, dieser vertreten durch das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (nachfolgend: Veterinäramt) nachfolgende Tierseuchenallgemeinverfügung zur Feststellung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 21.07.2023.

Rechtsgrundlagen:

- Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2016/429
- Artikel 63 bis 65 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687
- Artikel 3 bis 6, 9 bis 12 und 49 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594
- §§ 37 und 38 Absatz 11 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Nummer 16 des Gesetzes zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen
- §§ 14d und 14e der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung)
- § 1 Absatz 4 und § 5 Absatz 8 des Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes
- § 80 Absatz 2 Nummern 3 und 4 der Verwaltungsgerichtsordnung

in der jeweils geltenden Fassung.

Tierseuchenallgemeinverfügung zur Feststellung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 7. Oktober 2020 in der Fassung der 12. Änderung und Ergänzung vom 21. Juli 2023

Entscheidung:

A. Festlegung der Restriktionsgebiete

- I. Um Fundstellen mit dem positiven Virusnachweis wird als Restriktionsgebiet die „**Sperrzone II**“ (**gefährdetes Gebiet**) festgelegt. Innerhalb der „**Sperrzone II**“ wird eine „**Weißer Zone**“ sowie entlang der Oder und Neiße ein „**Schutzkorridor**“ ausgewiesen. Die festgelegte „**Sperrzone I**“ (**Pufferzone**) grenzt die Sperrzone II nach außen hin ab.

1. **Sperrzone II** sind die Städte, Gemeinden und Gemarkungen:

a) Weißer Zone als Teil der Sperrzone II

Alt Madlitz
Arensdorf

Berkenbrück - Teile der Gemarkung (nördlich A12)

Biegen
Briesen
Brieskow-Finkenheerd - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)

Demnitz

Eisenhüttenstadt - Teile der Gemarkung (zwischen B 112 und L371)

Falkenberg (B)
Fürstenwalde/Spree - Teile der Gemarkung (östlich B168 und L36)

Groß Lindow

Hasenfelde - Teile der Gemarkung (östlich L36)
Heinersdorf - Teile der Gemarkung (östlich L36)

Jacobsdorf

Kersdorf - Teile der Gemarkung (nördlich A12)

Langewahl - Teile der Gemarkung (nördlich A12)

Madlitz Forst
Müllrose - Teile der Gemarkung (nördlich Oder-Spree-Kanal)

Neubrück - Teile der Gemarkung (östlich Zaun)
Neubrück Forst - Teile der Gemarkung (östlich Schutzzaun)
Neuendorf im Sande - Teile der Gemarkung (südlich L36)

Petersdorf (B)
Pillgram

Rießen - Teile der Gemarkung (nördlich Oder-Spree-Kanal)

Sieversdorf
Steinhöfel - Teile der Gemarkung (östlich L36)

Wiesenu - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Wilmersdorf (B)

Ziltendorf - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)

b) „Schutzkorridor“ als Teil der Sperrzone II

Brieskow-Finkenheerd - Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Wiesenu - Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Ziltendorf - Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

2. **Sperrzone I** um die Sperrzone II sind die Städte, Gemarkungen und Gemeinden:

a)

Ahrendorf

Alt Golm

Bad Saarow-Pieskow - Teile der Gemarkung (östlich L35 und Uferzone
Scharmützelsee)

Bahro

Beerfelde

Beeskow

Behrendorf

Berkenbrück - Teile der Gemarkung (südlich A12)

Birkholz

Bomsdorf

Bornow

Braunsdorf

Bremsdorf

Briescht

Buchholz

Buckow

Chossewitz

Dammendorf

Diehlo

Diensdorf

Drahendorf

Eisenhüttenstadt - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)

Falkenberg (T)

Friedland

Fünfeichen

Fürstenwalde/Spree - Teile der Gemarkung (westlich B168 und L36)

Giesensdorf

Glienicke

Göhlen

Gölsdorf

Görsdorf (B)

Görzig

Groß-Briesen

Groß Muckrow

Groß Rietz

Grunow
Günthersdorf

Hangelsberg
Hasenfelde - Teile der Gemarkung (westlich L36)
Heinersdorf - Teile der Gemarkung (westlich L36)
Henzendorf
Herzberg

Jänickendorf

Kagel
Karras
Kersdorf - Teile der Gemarkung (südlich A12)
Kienbaum
Kieselwitz
Klein Muckrow
Kobbeln
Kohlsdorf
Kossenblatt
Krügersdorf
Kummerow

Langewahl - Teile der Gemarkung (südlich A12)
Lawitz - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Leißnitz
Lindenberg
Lindow

Markgrafpieske
Merz
Mittweide
Mixdorf
Möbiskrüge
Müllrose - Teile der Gemarkung (südlich Oder-Spree-Kanal)

Neubrück - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Neubrück Forst - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Neuendorf im Sande - Teile der Gemarkung (nördlich L36)
Neu Golm
Neuzelle - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Niewisch

Oegeln
Oelsen
Ossendorf

Petersdorf (SP)

Pfaffendorf
Pieskow
Pohlitz

Radinkendorf
Radlow
Ragow
Ranzig
Rauen
Reudnitz
Rießen - Teile der Gemarkung (südlich Oder-Spree-Kanal)

Sabrodt
Sauen
Sawall
Schadow
Schernsdorf
Schneeberg
Schönfelde
Schwerzko
Steinhöfel - Teile der Gemarkung (westlich L36)
Steinsdorf - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Streichwitz
Stremmen

Tauche
Tempelberg
Trebatsch
Treibus
TreppeIn

Vogelsang - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)

Weichensdorf
Wellmitz - Teile der Gemarkung (westlich Zaun)
Wendisch Rietz - Teile der Gemarkung (östliche Ufergrenze Scharmützelsee und
nördlich B 246)
Wilmersdorf (G)
Wulfersdorf

Zeust

b) „Schutzkorridor“ als Teil der Sperrzone I:

Breslack

Coschen

Eisenhüttenstadt – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Lawitz – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Neuzelle – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Ratzdorf

Steinsdorf – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Vogelsang – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

Wellnitz – Teile der Gemarkung (östlich Zaun)

- II. Die als **Anlage A1** beigefügte **Karte** der Restriktionsgebiete **vom 21. Juli 2023** zeigt die aktuell gültigen Restriktionszonen nach Aufhebung der Sperrzone II und Teilen der Sperrzone I südlich der Bundesautobahn A 12 und südlich des Oder-Spree-Kanals und ist Bestandteil dieser Allgemeinverfügung.
Eine zu vergrößernde Version der Karte ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://www.landkreis-oder-spree.de/asp-zonen>.

Der aktuelle Zaunverlauf ist der benannten Karte zu entnehmen.

B. Angeordnete Maßregeln

- I. Für den **gesamten Landkreis Oder-Spree** wird angeordnet:

1. Die **Absperrungen** der unter A. I. Nummer 1 und 2 benannten Restriktionszonen **mit einer wildschweinsicheren Umzäunung sowie Segmentzäune sind zu dulden!** Der Rückbau der Zäune erfolgt nach fachlicher Entscheidung durch das Veterinäramt.
 - a) Die in den unter B. I. Nummer 1 benannten Umzäunungen eingelassenen **Tore sind nach Nutzung zwingend zu schließen!**
 - b) Das Betreten und Befahren von Flächen und das Freihalten eines bis zu 3 Meter breiten Streifens entlang der ASP-Schutzzäune zur Kontrolle, Wartung und Instandsetzung durch amtlich beauftragte Personen ist zu **dulden**.

Der aktuelle Zaunverlauf ist der unter A. II. benannten Karte zu entnehmen.

2. **Jagdausübungsberechtigte haben eine verstärkte Bejagung von Schwarzwild durchzuführen!**
3. Jagdausübungsberechtigte haben jedes erlegte Wildschwein unverzüglich mit einer Wildmarke zu kennzeichnen und einen Begleitschein nach Muster des Wildursprungsscheins inklusive der Angabe des Erlegungsortes (GPS-Daten) auszustellen sowie von jedem erlegten Wildschwein unverzüglich Proben zur virologischen Untersuchung auf ASP zu entnehmen, zu kennzeichnen und der in telefonischer oder schriftlicher Absprache mit dem Veterinäramt bestimmten Stelle zuzuführen.

Nach Veröffentlichung eines negativen Untersuchungsergebnisses auf der Internetseite des Landkreises Oder-Spree unter <https://www.landkreis-oder-spree.de/Wirtschaft-Ordnung/Veterinär-und-Lebensmittelüberwachung/Fleischhygiene-Geflügelfleischhygiene> - Tabelle „ASP-Befunde erlegtes Wild“, gilt der Tierkörper vom Veterinäramt als zur Verwendung als Lebensmittel freigegeben.

4. Jagdausübungsberechtigte haben zudem dafür Sorge zu tragen, dass bei Gesellschaftsjagden das Aufbrechen der Tiere und die Sammlung des Aufbruchs zentral an einem Ort erfolgen.
 5. Jagdausübungsberechtigte sind zur verstärkten Suche nach verendeten Wildschweinen verpflichtet.
Wird die verstärkte Suche von durch das Veterinäramt benannten Personen durchgeführt, haben die Jagdausübungsberechtigten in ihrem Revier diese Suche zu dulden und mitzuwirken.

Von den Jagdausübungsberechtigten zu dulden sind insbesondere die für die Kadaversuche eingesetzten Hundestaffeln und die mit Schusswaffen ausgestatteten begleitenden Jäger.
 6. Jagdausübungsberechtigte haben jedes verendet aufgefundene Wildschwein unverzüglich
 - a. unter Angabe des Fundortes (GPS-Daten) dem Veterinäramt schriftlich unter der Adresse Breitscheidstraße 7, 15848 Beeskow oder telefonisch unter der Telefon-Hotline 03366 35-2020 oder über die Nutzung der Tierfund-Kataster-App oder per E-Mail unter fallwildmeldung@landkreis-oder-spree.de anzuzeigen,
 - b. von ihm Proben zur virologischen Untersuchung auf ASP zu entnehmen und die Proben mit einem Wildursprungsschein dem Veterinäramt, Schneeberger Weg 40, 15848 Beeskow zur Untersuchung auf ASP zuzuleiten.
 Der beprobte Tierkörper verbleibt am Fundort, soweit Verkehrssicherungspflichten dem nicht entgegenstehen. Die Bergung und unschädliche Beseitigung ist ausschließlich durch vom Veterinäramt beauftragte Personen durchzuführen.
 7. Das Verbringen von lebenden Wildschweinen ist im gesamten Landkreis verboten.
- II. Für die **Sperrzone II** (entspricht der weißen Zone und Teilen des Schutzkorridors [siehe A.I.1]) werden zusätzlich zu den Anordnungen nach B. I. Nummer 1 bis 7 folgende Maßregeln angeordnet:
1. Bewegungsjagden sind der Unteren Jagdbehörde mindestens zehn Tage vor Beginn anzuzeigen.

Auf die geltenden gesetzlichen Bestimmungen gemäß § 14e Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Schweinepest-Verordnung wird verwiesen. Der Leitfaden des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg - Anlage A2 - ist zu befolgen.
 2. Die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen ist gestattet. Der Leitfaden zu Anbauregelungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz - **siehe Anlage A3 - ist dabei zu beachten.**
 3. Die Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen ist gestattet einschließlich dem mechanisierten Holzeinschlag, der Rückung (mechanisiert) und Pflügen.
 4. Auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder Brachflächen sind in der gesamten Sperrzone II durch den Landwirt auf der Grundlage des Leitfadens zu Anbauregelungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz - **siehe Anlage A3 - Jagdschneisen anzulegen.**

5. Die Freiland- und Auslaufhaltung von Schweinen wird untersagt. Die Schweine sind in einen Stall abzusondern (einzustallen), sodass sie nicht mit Wildschweinen in Verbindung kommen können.

Es können auf schriftlichen Antrag **Ausnahmen von dem Verbot der Aufstallung** durch das Veterinäramt erteilt werden.

6. Die Besamung empfänglicher Sauen wird untersagt.

Es können auf schriftlichen Antrag **Ausnahmen** von diesem Verbot durch das Veterinäramt erteilt werden.

7. Das Verbringen von Schweinen innerhalb und außerhalb der Sperrzone II ist verboten.

Es können auf schriftlichen Antrag **Ausnahmen** von diesem Verbot durch das Veterinäramt erteilt werden.

8. Frisches Schweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnisse, einschließlich Tierdarmhüllen, sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Schweinen gewonnen worden sind, die in einem Betrieb gehalten worden sind, der in der Sperrzone II gelegen ist, dürfen innerhalb und außerhalb dieser Zone nicht verbracht oder ausgeführt werden.

Es können auf schriftlichen Antrag **Ausnahmen** von diesem Verbot durch das Veterinäramt erteilt werden.

9. Frisches Wildschweinefleisch oder Wildschweinefleischerzeugnisse sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Wildschweinen gewonnen worden sind, die in der Sperrzone II gewonnen oder erlegt worden sind, dürfen aus der Sperrzone II **nicht verbracht** oder ausgeführt werden.

10. Das Verbringen von Zuchtmaterial (Sperma, Eizellen und Embryonen), das von Schweinen aus der Sperrzone II gewonnen wurde, außerhalb dieser Zone, ist verboten.

Es können auf schriftlichen Antrag Ausnahmen von diesem Verbot durch das Veterinäramt erteilt werden.

11. Halter dürfen Hunde im gesamten gefährdeten Gebiet nicht frei laufen lassen (Leinenpflicht).

12. Das **Schwarzwild muss** durch den Jagd ausübungs berechtigten **vollständig entnommen werden!**

Die Entnahme ist entsprechend dem Leitfaden des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg - **Anlage A2** - mit folgenden jagdlichen Mitteln durchzuführen:

- Fallenfang
- Einzeljagd sowie
- Bewegungsjagden und Erntejagden nach vorheriger Anzeige bei der Unteren Jagdbehörde (mindestens zehn Tage vor Beginn)

- III. Für die **Sperrzone I** und Teile des Schutzkorridors [siehe A.I.2] werden zusätzlich zu den Anordnungen nach B. I. Nummer 1 bis 7 folgende Maßregeln angeordnet:

1. Schweinehalter haben dem Veterinäramt unverzüglich

- a. die Anzahl der gehaltenen Schweine unter Angabe ihrer Nutzungsart und ihres Standortes,
 - b. verendete oder erkrankte, insbesondere fieberhaft erkrankte Schweine anzuzeigen.
2. Schweinehalter haben geeignete Desinfektionsmöglichkeiten an den Ein- und Ausgängen der Ställe oder sonstigen Standorte einzurichten.
 3. Schweinehalter haben verendete und erkrankte Schweine, bei denen der Verdacht auf ASP nicht ausgeschlossen werden kann, nach näherer Anweisung des Veterinäramtes serologisch oder virologisch auf ASP untersuchen zu lassen.
 4. Tierhalter haben Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Schweine in Berührung kommen können, für Wildschweine unzugänglich aufzubewahren.
 5. Tierhalter haben sicherzustellen, dass Hunde das Betriebsgelände nur unter Aufsicht verlassen.
 6. Auf öffentlichen oder privaten Straßen oder Wegen, ausgenommen auf betrieblichen Wegen, dürfen Schweine nicht getrieben werden.
 7. Erlegte oder verendet aufgefundene Wildschweine oder deren Teile sowie Gegenstände, mit denen Wildschweine in Berührung gekommen sein können, dürfen **nicht** in einen Betrieb verbracht werden.
 8. Das Verbringen von Schweinen aus Sperrzone I innerhalb Deutschlands ist zulässig.
 9. Frisches Wildschweinefleisch oder Wildschweinefleischerzeugnisse, das oder die von Wildschweinen gewonnen worden ist oder sind sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte aus tierischen Nebenprodukten, die von Wildschweinen stammen, die in der Sperrzone I geschlachtet oder erlegt worden sind, dürfen **nicht** verbracht oder ausgeführt werden.

Es können auf schriftlichen Antrag **Ausnahmen** von diesem Verbot durch das Veterinäramt erteilt werden.

IV. Für den **gesamten Schutzkorridor** werden zusätzlich folgende Maßregeln angeordnet:

1. Schweine dürfen aus dem Schutzkorridor nur mit behördlicher Genehmigung verbracht werden.
2. Das Schwarzwild muss durch den Jagd ausübungsberechtigten vollständig entnommen werden!

Die Entnahme ist entsprechend dem Leitfadens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg - Anlage A2 - mit folgenden jagdlichen Mitteln durchzuführen:

- Fallenfang
- Einzeljagd sowie
- Bewegungsjagden und Erntejagden nach vorheriger Anzeige bei der Unteren Jagdbehörde (mindestens zehn Tage vor Beginn)

C. Sofortige Vollziehbarkeit

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung für folgende Maßregeln angeordnet: B. I. Nummer 3, 4 und 6; B. II. Nummer 4 bis 6 und Nummer 8 bis 10; B. III. Nummer 1, 4 bis 7 und 9; B. IV. Nr. 2. Im Übrigen ist diese Allgemeinverfügung gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

D. Inkrafttreten und Befristung

Diese Allgemeinverfügung tritt am 22. Juli 2023 in Kraft. Sie ist zeitlich befristet auf den 22. Januar 2024, 0 Uhr.

E. Hinweise

I. Es wird auf die gesetzlich bestehenden Pflichten nach der Schweinepest-Verordnung im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) und in der Pufferzone (Sperrzone I) hingewiesen.

II. Weitere Kontaktdaten

Jeder Verdacht auf Erkrankung an ASP ist dem Veterinäramt sofort unter fallwildmeldung@landkreis-oder-spree.de, Telefon: 03366 35-2020 (Montag bis Sonntag von 8 bis 16 Uhr) oder über die Nutzung der Tierfund-Kataster-App zu melden.

III. Die Allgemeinverfügung zur Feststellung und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen vom 7. Oktober 2020 in der Fassung der 11. Änderung und Ergänzung vom 5. April 2023 verliert mit Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung ihre Gültigkeit. Eine separate Aufhebung der genannten Verfügung erfolgt nicht.

F. Zuwiderhandlungen

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen diese Allgemeinverfügung stellen gemäß § 32 Absatz 2 Nummer 3 und 4 Tiergesundheitsgesetz in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Schweinepest-Verordnung eine Ordnungswidrigkeit dar und können mit einer Geldbuße bis zu 30000,00 Euro geahndet werden.

Begründung

I. Sachverhalt

Der Verfügung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 10. September 2020 bestätigte sich im benachbarten Landkreis Spree-Neiße bei Sembten erstmalig der Verdacht auf eine Infektion mit der ASP bei einem verendet aufgefundenen Wildschwein als Ergebnis der abschließenden Testung durch das Friedrich-Löffler-Institut.

Mitte September 2020 wurden im Landkreis Oder-Spree im Dorchetal bei Neuzelle / Kummro fünf verendete Wildschweine aufgefunden, bei denen am 15. September 2020 eine Infektion auf ASP durch das Friedrich-Löffler-Institut bestätigt wurde. Die mit Bescheid vom 14. September 2020 aufgrund dessen in einer ersten Tierseuchenallgemeinverfügung zur Feststellung der ASP bei Schwarzwild festgelegten Restriktionsgebiete wurden zuletzt mit der Tierseuchenallgemeinverfügung vom 7. Oktober 2020 in der Fassung der 11. Änderung und Ergänzung vom 05. April 2023 an das epidemiologische Geschehen angepasst. Ende Oktober 2020 wurde bei einem verendet aufgefundenen Wildschwein in Klein Briesen sowie am 19. Mai 2021 in Frankfurt (Oder) das Virus der ASP nachgewiesen.

Anschließend hat sich das Seuchengeschehen im Landkreis Oder-Spree sowie in benachbarten Landkreisen und der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) kontinuierlich ausgeweitet.

Seit Februar 2023 wurden im Landkreis Oder-Spree keine APS-infizierten Wildschweine mehr gefunden, so dass von einem rückläufigen Seuchengeschehen ausgegangen wird. Im Ergebnis intensiver Bemühungen aller Beteiligten konnte im Juni 2023 der Antrag auf Verkleinerung der ASP-Restriktionszonen bei der Europäischen Kommission gestellt werden. Diese stimmte dem Antrag zu, so dass Teile der ehemaligen Sperrzone I aufgehoben wurden und das Gefährdete Gebiet der Sperrzone II zur Sperrzone I wird. Die weiße Zone und der Schutzkorridor nördlich der Bundesautobahn A 12 und des Oder-Spree-Kanals als Teil der Sperrzone II sowie der Schutzkorridor südlich der Bundesautobahn A 12 und des Oder-Spree-Kanals als Teil der Sperrzone I bleiben bestehen.

Die ASP ist eine anzeigepflichtige Tierseuche, von der Haus- und Wildschweine betroffen sind. In Mitteleuropa erfolgt eine Übertragung durch direkten Kontakt mit infizierten Tieren (Sekrete, Blut, Sperma), die Aufnahme von Speiseabfällen oder Schweinefleischerzeugnissen beziehungsweise Schweinefleischzubereitungen sowie andere indirekte Übertragungswege (Fahrzeuge, kontaminierte Ausrüstungsgegenstände einschließlich Jagdausrüstung, landwirtschaftlich genutzte Geräte und Maschinen, Kleidung).

Bei direkter Übertragung wird der Erreger über Nasen-Rachen-, Augensekret und Speichel, später auch über Urin und Kot ausgeschieden. Die Inkubationszeit, das heißt, die Zeit von der Einschleppung des Erregers in einen Schwarzwild- oder Hausschweinebestand bis zum Auftreten der ersten Krankheitssymptome, beträgt etwa sieben bis zehn Tage. Ein infiziertes Tier stirbt in mehr als 90 Prozent der Infektionsfälle an ASP. Ein Impfstoff gegen ASP ist bisher nicht verfügbar. Die Bekämpfung gestaltet sich außerordentlich schwierig, da das Virus sehr widerstandsfähig ist. Es bleibt auch während des Verwesungsprozesses des Schweins mehrere Wochen bis Monate infektiös. In Schlachtkörpern und Blut, in Dauerwaren wie Schinken und Salami ist das Virus monatelang, in Gefrierfleisch sogar jahrelang vermehrungsfähig.

Aus vorgenannten Gründen kommt der Verhinderung der Einschleppung der ASP in bisher freie Regionen sowie in Hausschweinbestände eine entscheidende Bedeutung zu. Um die Verbreitung der Infektionskrankheit wirkungsvoll zu verhindern, müssen Infektionswege abgeschnitten werden. Andernfalls droht durch Verbreitung dieser Erkrankung die Gefahr hoher Tierverluste, was zu großen wirtschaftlichen Schäden in den betroffenen Schweinemastbetrieben führt kann. Die strengen Handelsbeschränkungen, die auf Grund des Auftretens der ASP zu erwarten sind, können auch für nicht von der Krankheit betroffene Betriebe und für ganze Wirtschaftsbereiche zu enormen Einschränkungen führen.

Tritt bei Wildschweinen - wie aktuell im Landkreis Oder-Spree - ein Infektionsgeschehen durch ASP auf, ist unverzüglich eine Einschätzung des Ausmaßes des Ausbruchsgeschehens (räumliche Ausdehnung, Anzahl der betroffenen Tiere, Größe der Population im betroffenen Gebiet und weiteres) durch die Behörde vorzunehmen. Auf dieser Grundlage werden, nach fachlicher Prüfung im Rahmen des Bekämpfungs- und Tilgungsplans des Landes Brandenburg, Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierseuche in der Wildschweinpopulation, zur Verhinderung der Ausbreitung und des Übergreifens auf Hausschweine, ergriffen. Das Friedrich-Löffler-Institut hat hierzu unterstützend Empfehlungen in einem Maßnahmenkatalog erarbeitet.

II. Rechtliche Würdigung

Gemäß § 38 Absatz 11 des Tiergesundheitsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung (EU) 2017/625 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 und 4 des Gesetzes zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes in Verbindung mit § 4 Ordnungsbehördengesetz in der jeweils geltenden Fassung, ist das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Oder-Spree (Veterinäramt) die zuständige Behörde für den Erlass von

Verfügungen von Schutzmaßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseuchen. Diese Allgemeinverfügung dient der Umsetzung der Maßregeln der Schweinepest-Verordnung sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 vom 16. März 2023 in der zurzeit geltenden Fassung.

Zur Vorbeugung und Bekämpfung der Tierseuche ASP erlässt das Veterinäramt in seiner Zuständigkeit nach § 38 Absatz 11 in Verbindung mit § 6 und 10 des Tiergesundheitsgesetzes sowie auf der Grundlage der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit dieser Allgemeinverfügung weitere Maßregeln zur Ergänzung der Anordnungen der Schweinepest-Verordnung.

zu A. I. Nummer 1 bis 2 und A. II.

Entsprechend Artikel 3 bis 6 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 in Verbindung mit § 14d Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 Schweinepest-Verordnung wurde durch das Veterinäramt ein Gebiet um die Fundorte als Sperrzone II (gefährdetes Gebiet) sowie ein Gebiet um die Sperrzone II als Sperrzone I (Pufferzone) festgelegt.

Innerhalb der Sperrzone II wurde entsprechend dem Erlass des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 17. März 2022, „Verwaltungsvorschrift zu den Voraussetzungen und zum Vorgehen bei der Aufhebung von Restriktionszonen, die infolge von ASP-Fällen bei Wildschweinen festgelegt wurden“, ein Schutzkorridor eingerichtet. Dieser Schutzkorridor wird nach Inkrafttreten dieser Verfügung je nach Status des westlich angrenzenden Gebietes in Sperrzone II (nördlich Eisenhüttenstadt und Vogelsang) oder Sperrzone I unterteilt.

Innerhalb der Sperrzone II wurde zur Bekämpfung und Tilgung der ASP eine weiße Zone eingerichtet. Schutzkorridor und weiße Zone sind vollständig umzäunt. Innerhalb dieser werden gegenüber den Jagd ausübungsberechtigten durch das Veterinäramt und die Untere Jagdbehörde Maßnahmen zur Bejagung und kontinuierlichen Entnahme von Schwarzwild angeordnet. Ziel ist es, durch die verstärkte Entnahme die Schwarzwildpopulation gegen Null zu reduzieren, so dass Infektionsketten abreißen und eine Tilgung der ASP möglich wird.

Bei der Bestimmung der Restriktionsgebiete wurden die Ergebnisse durchgeführter epidemiologischer Untersuchungen, Strukturen des Handels und der örtlichen Schweinehaltung, das Vorhandensein von Schlachtstätten, natürliche Grenzen sowie Überwachungsmöglichkeiten berücksichtigt.

Die als **Anlage A1** beigefügte Karte der Restriktionsgebiete vom 21. Juli 2023 ist Bestandteil dieser Allgemeinverfügung. Eine zu vergrößernde Version der Karte ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.landkreis-oder-spree.de/asp-zonen>.

Die Karte bietet durch die Vergrößerungsmöglichkeiten eine sehr detaillierte Bestimmung der einzelnen betroffenen Grundstücke.

zu B. I. Nummer 1 und 1 a und b

Nach § 14d Absatz 2c Nummer 1 bis Nummer 3 Schweinepest-Verordnung kann das Veterinäramt, soweit dies aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung unerlässlich ist und auf Grund der möglichen Weiterverbreitung des Erregers dringend geboten erscheint, für das gefährdete Gebiet (Sperrzone II) und die Pufferzone (Sperrzone I) Maßnahmen zur Absperrung, insbesondere durch Errichten einer Umzäunung, ergreifen. Die Voraussetzung dafür ist, dass sich dort Wildschweine aufhalten, die an der ASP erkrankt sind, bei denen der Verdacht auf ASP besteht oder bei denen nicht auszuschließen ist, dass sie das Virus der ASP aufgenommen haben.

Durch die Umzäunung des Schutzkorridors und der weißen Zonen sollen potentiell infizierte Wildschweine zumindest kurzfristig in diesem räumlich eng begrenzten Gebiet gehalten werden, um die Durchseuchung zu ermöglichen und eine Verbreitung der Tierseuche zu verhindern. Erkranktes Schwarzwild soll ebenfalls in diesem räumlich begrenzten Gebiet gehalten werden und dadurch eine Einschleppung der Tierseuche in andere Gebiete vermieden werden. Hintergrund ist die stark bewaldete und landwirtschaftlich geprägte

Region, die eine effiziente und zeitnahe Bekämpfung der Tierseuche durch Abschottung der infiziert aufgefundenen Wildschweinkadaver in einem umzäunten Kerngebiet erfordern. So soll ein Eintrag in weitere durch starke Bewaldung schwer zugängliche Regionen erschwert beziehungsweise unterbunden werden.

Nur durch konsequent geschlossene Zäune erfüllt der ASP-Schutzzaun seine Funktion. Es ist daher erforderlich, unter Tenorpunkt 1 Buchstabe a anzuordnen, dass die **Tore nach deren Benutzung umgehend wieder zu schließen sind.**

Zur erfolgreichen und erforderlichen Bewirtschaftung des Zaunes (Kontrolle, Wartung, Instandsetzung) ist das Betreten, Befahren und Freihalten eines Randstreifens am Zaun durch amtliche beauftragte Personen unentbehrlich. Unter Tenorpunkt 1 Buchstabe b dieser Verfügung wurde daher angeordnet, dass die amtlichen Tätigkeiten und Personen zu dulden sind.

zu B. I. Nummer 2, 3, 5 und 6

Die verstärkte Bejagung im gesamten Landkreis, die Anzeige, Kennzeichnung und Beprobung des erlegten Wildes sowie die verstärkte Suche nach verendeten Wildschweinen werden unter Anwendung des Erlasses des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 11. März 2022 „Anordnung von Maßnahmen zur Vorbeugung vor der Einschleppung und zur frühzeitigen Erkennung der Afrikanischen Schweinepest“ auf der Grundlage von Artikel 70 der Verordnung (EU) 2016/429 in Verbindung mit § 3a der Schweinepest-Verordnung angeordnet.

Die verstärkte Bejagung dient der gezielten Reduzierung der Schwarzwildpopulationen und damit der Verhinderung einer weiteren Verbreitung des ASP-Virus.

Die verstärkte Suche nach verendeten Wildschweinen soll erzielen, dass schnellstmöglich alle weiteren, an der Tierseuche verendeten Wildschweine aufgefunden werden. So können, durch eine anschließende, restlose Entfernung gegebenenfalls weiterer aufgefundener Wildschweinkadaver, die Infektionsquellen beseitigt und auf diese Weise die Verbreitung der Tierseuche über den Landkreis hinaus verhindert werden. Eine Suche und Beseitigung infizierter, verendeter Wildschweine beziehungsweise der Reste aus dem Revier ist zeitnah und umfassend durchzuführen, da diese aufgrund der großen Widerstandsfähigkeit des Virus über lange Zeiträume ein Virusreservoir und somit eine Infektionsquelle für gesunde Wildschweine darstellen.

Die Behörde hat durch die Kennzeichnung und Beprobung von erlegten Wildschweinen die Möglichkeit, das aktuelle Seuchengeschehen auch außerhalb der festgelegten Restriktionsgebiete zu beobachten. Aufgrund der Funde positiv auf ASP getesteter erlegter Wildschweine sowie Wildschweinkadaver mit weiterer Tendenz zur Ausbreitung, sollen die Maßnahmen der Beprobung mit anschließender labordiagnostischer Untersuchung eine frühzeitige Erkennung eines Eintrages in den regionalen Wildschweinbestand ermöglichen. Die Beprobung und Untersuchung sollen zudem Grundlage unverzüglicher Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausweitung des Seuchengeschehens sein. Zudem kann die Behörde, soweit es aus tierseuchenrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, die weitere Verwendung der Tierkörper erlegter Wildschweine als Lebensmittel untersagen.

zu B. I. Nummer 4

Gemäß § 3a Nummer 4 der Schweinepest-Verordnung wird im Tenor dieser Verfügung unter B. I. Nummer 4 verfügt, dass im gesamten Landkreis bei Gesellschaftsjagden das Aufbrechen der Tiere und die Sammlung des Aufbruchs zentral an einem Ort erfolgen muss.

Durch den Aufbruch von Tierkörpern an einem zentralen Ort bleibt das Risiko in Form von infektiösem Material überschaubar und nachvollziehbar. Desinfektionsmaßnahmen sind zudem leichter umzusetzen.

zu B. I. Nummer 7

Gemäß Artikel 48 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 hat das Veterinäramt das Verbringen von Sendungen von Wildschweinen im gesamten Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in andere Mitgliedstaaten und in Drittländer zu verbieten.

zu B. II. Nummer 1

Unter B. II. Nummer 1 dieser Verfügung wird angeordnet, dass Bewegungsjagden der Unteren Jagdbehörde anzuzeigen sind. Die Behörde hat dadurch die Möglichkeit, sofern es aus tierseuchenrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, die Bewegungsjagden zu untersagen.

Da diese Form der Jagd von den Jagdausübungsberechtigten entsprechend umfangreich vorbereitet werden muss, ist der Zeitpunkt der geplanten Jagd für gewöhnlich lange im Voraus bekannt und die Forderung zur Anzeige bei der Behörde mindestens zehn Tage im Voraus verhältnismäßig.

zu B. II. Nummer 2 bis 4

Gemäß § 14d Absatz 5a Satz 1 Nummer 1 und 2 Schweinepest-Verordnung kann das Veterinäramt als zuständige Behörde aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung die Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen für längstens sechs Monate beschränken oder verbieten sowie anordnen, dass auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder Brachflächen Jagdschneisen anzulegen sind.

Das Risiko der Verbreitung bei der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen ist unter Betrachtung des aktuellen Seuchengeschehens verhältnismäßig gering, daher wird die Nutzung dieser Flächen erlaubt unter Berücksichtigung des Leitfadens zu Anbauregelungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz - **siehe Anlage A3**.

Auch das Risiko der Verbreitung des ASP-Virus bei der Nutzung forstwirtschaftlicher Flächen ist verhältnismäßig gering, daher wird die Nutzung dieser Flächen erlaubt.

Der Mechanisierte Holzeinschlag, die mechanisierte Rückung und Pflügen dürfen durchgeführt werden.

Die Jagdschneisen, auf der Grundlage des Leitfadens zu Anbauregelungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz - **siehe Anlage A3**, sollen eine gezielte Bejagung ermöglichen, um die Populationsdichte des Schwarzwildes als Infektionsquelle der ASP zu reduzieren. Eine reduzierte Schwarzwildpopulation verringert die Kontaktmöglichkeiten anderer Wildschweine als auch Hausschweine zu Ansteckungsquellen und kann daher dazu beitragen, dass sich die Seuche nicht weiter ausbreiten kann.

zu B. II. Nummer 5

Rechtsgrundlage für die unter Punkt B. II. Nummer 5 dieser Verfügung angeordnete Absonderung in Form einer Aufstallung ist § 14d Absatz 4 Nummer 2 Schweinepest-Verordnung.

Demnach sind Tierhalter, die Ihre Schweinehaltung in einer Restriktionszone haben, mit Bekanntgabe der Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) gesetzlich verpflichtet, die Schweine so abzusondern, dass sie nicht mit Wildschweinen in Berührung kommen können.

Bei einer am Gesetzeszweck orientierten Auslegung ist unter dem Begriff der Absonderung die in dieser Verfügung angeordnete Aufstallung zu verstehen. Gesetzeszweck ist die Vorbeugung vor Tierseuchen und deren Bekämpfung – auch im Sinne eines Schutzes vor Ausbreitung der Seuche und dem Schutz Dritter.

Die Unterbringung der Schweine in einem von allen Seiten von Einträgen von außen gesicherten und durch strenge Hygienemaßnahmen geschützten Stall, kann die einzige Form einer Absonderung sein, die das Risiko der Eintragung des ASP-Virus in den Schweinebestand auf das kleinstmögliche Maß reduziert.

Das in der fachkundigen Risikobewertung einer Übertragung von ASP auf Schweine in Auslauf- oder Freilandhaltungen vom 13. April 2022 vom Friedrich-Löffler-Institut erläuterte Restrisiko eines ASP-Eintrags in Hausschweinbestände kann im Hinblick auf die zuvor erläuterte Seuchensituation in der Sperrzone II auch nicht als vernachlässigbares Risiko interpretiert werden, sondern es bleibt ein geringes Restrisiko bestehen. Für die Sperrzone I wird das Risiko als vernachlässigbar eingeschätzt. Der Risikobewertung des Friedrich-Löffler-Instituts kommt aufgrund seiner Sachkunde für den Bereich der ihm gesetzlich zugewiesenen Aufgaben (§ 27 Tiergesundheitsgesetz) eine gesteigerte Bedeutung zu.

Anhand des ASP-Ausbruchs in Hausschweinebeständen in den umliegenden Landkreisen wird offensichtlich, dass ein Restrisiko neben der erläuterten Gefahr durch den Eintrag von Lebensmittelresten in Freilandhaltungen durch Krähen offenbar auch auf anderen Übertragungswegen besteht. Eine Freilandhaltung potenziert demnach zusätzlich zu dem ungeklärten Eintragsweg das Risiko um die vom Friedrich-Löffler-Institut beschriebene Übertragung durch Krähen. Eine Übertragung durch andere Vektoren (lebende Organismen, die Krankheitserreger von einem infizierten Tier oder Menschen auf andere Tiere oder Menschen übertragen – zum Beispiel Zecken, Nagetiere) ist ebenfalls denkbar und nicht abschließend untersucht.

Entsprechend ist den Empfehlungen des Friedrich-Löffler-Instituts, als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums unter anderem im Bereich Tierseuchen, eine Aufstallung der in Freiland- oder Auslaufhaltung gehaltenen Tiere vorzunehmen, um das bestehende Risiko zu minimieren, nachzukommen.

Das Veterinäramt kann, in begründeten Einzelfällen, Ausnahmen von dem Verbot der Aufstallung erteilen.

Zu B. II. Nummer 6

Gemäß § 38 Absatz 11 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Nummer 16 Tiergesundheitsgesetz kann das Veterinäramt als zuständige Behörde zur Vorbeugung vor Tierseuchen und deren Bekämpfung eine Verfügung über die Beschränkung der Nutzung und das Verbot des Haltens empfänglicher und anderer als empfänglicher Tiere im Betrieb erlassen.

Die Besamung empfänglicher Sauen wird in der aktuellen Situation der Ausbreitung des ASP-Virus untersagt. Die hierdurch ausgelösten Absatzschwierigkeiten für Schweinefleisch, unter Beachtung der gleichzeitigen Notwendigkeit, aus Tierwohlgründen und Platzgründen in den Betrieben schlachtreife Schweine schlachten zu müssen, sollen dadurch in der Sperrzone II reduziert werden.

zu B. II. Nummer 7

Auf der Grundlage von Artikel 9 der Durchführungsverordnung 2023/594 muss das Veterinäramt das Verbot des Verbringens von Schweinen aus der Sperrzone II anordnen.

Das Veterinäramt kann Ausnahmen von diesem Verbot erteilen.

zu B. II. Nummer 8

Auf der Grundlage der Artikel 11 und 12 der Durchführungsverordnung 2023/594 muss das Veterinäramt anordnen, dass frisches Schweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnisse, einschließlich Tierdarmhüllen, sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Schweinen gewonnen worden sind, die in einem Betrieb gehalten worden sind, der in der Sperrzone II gelegen ist, in das sonstige Inland sowie innergemeinschaftlich **nicht** verbracht oder ausgeführt werden dürfen.

Das Veterinäramt kann Ausnahmen von diesem Verbot erteilen.

zu B. II. Nummer 9

Auf der Grundlage von Artikel 49 der Durchführungsverordnung 2023/594 muss das Veterinäramt anordnen, dass frisches Wildschweinefleisch oder Wildschweinefleischerzeugnisse sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Wildschweinen gewonnen worden sind, die in der Sperrzone II gewonnen oder erlegt worden sind, nicht verbracht oder ausgeführt werden dürfen.

zu B. II. Nummer 10

Auf der Grundlage von Artikel 10 der Durchführungsverordnung 2023/594 muss durch das Veterinäramt das Verbot des Verbringens von Sperma, Eizellen und Embryonen von Schweinen aus der Sperrzone II in das sonstige Inland sowie innergemeinschaftlich angeordnet werden.

zu B. II. Nummer 11

Gemäß § 14d Abs. 7 Schweinepestverordnung kann die zuständige Behörde anordnen, dass Hunde im Gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) nicht frei herumlaufen dürfen, um eine Verschleppung der ASP zu verhindern, indem das Wild durch das Freilaufen der Hunde insbesondere im Wald und der offenen Landschaft beunruhigt und aufgescheucht werden könnte. Aus diesem Grund wird unter Tenorpunkt B. II. Nummer 11 dieser Verfügung angeordnet, dass Hunde in der Sperrzone II nicht frei umherlaufen dürfen und an der Leine zu führen sind.

zu B. II. Nummer 12

Aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung wurde in der weißen Zone gemäß § 14d Absatz 6 in Verbindung mit § 14a Absatz 8 Nummer 1 Schweinepest-Verordnung die vollständige Entnahme von Schwarzwild angeordnet. Die Schwarzwildpopulation soll dadurch derart reduziert werden, dass Infektionsketten abreißen und eine Tilgung der ASP möglich wird.

Gemäß dem Leitfaden zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg (**Anlage A2**) als Anlage des Erlasses „Durchführung der Schweinepest-Verordnung – Anordnung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Restriktionsgebieten“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 20. März 2021 sind Bewegungsjagden erst durchzuführen oder gegebenenfalls anzuordnen, wenn andere Jagdmethoden nicht effektiv durchführbar sind. Bewegungsjagden sind zudem auf ausgewählte Flächen zu begrenzen. Die Jagdhundeausbildung ist gemäß dem Erlass nicht zulässig.

Auf dieser Grundlage wird im Tenor dieser Verfügung unter B. II. Nummer 12 angeordnet, dass Bewegungsjagden und Erntejagden der Unteren Jagdbehörde anzuzeigen sind. Die Behörde hat dadurch die Möglichkeit, sofern es aus tierseuchenrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, die Bewegungsjagden und Erntejagden zu untersagen. Da diese Form der Jagd von den Jagdtausübungsberechtigten entsprechend umfangreich vorbereitet werden muss, ist der Zeitpunkt der geplanten Jagd für gewöhnlich lange im Voraus bekannt und die Forderung zur Anzeige bei der Behörde mindestens zehn Tage im Voraus verhältnismäßig.

zu B. III. Nummer 1 bis 7

Die ASP stellt aufgrund der Übertragbarkeit vom Wildschwein auf Hausschweine und untereinander als auch der hohen Mortalitätsrate bei einem Infektionsgeschehen gerade für die Schweinemastbetriebe beziehungsweise Hausschweinbesitzer eine erhebliche Gefahr dar. Auch in der hier festgelegten Sperrzone I befindet sich eine Vielzahl von Schweinehaltern. Die Mitarbeit der Schweinehalter ist entscheidend. Vorrangiges Ziel ist es, den Kontakt von Hausschweinen mit Wildschweinen zu verhindern. Der Landwirt muss seinen Bestand so abschotten, dass jedweder Kontakt mit Wildschweinen unmöglich gemacht wird. Freilandhaltungen sind hier besonders gefährdet, aber auch konventionelle Betriebe müssen geeignete Vorsichtsmaßnahmen ergreifen (zum Beispiel geeignete Desinfektionsmaßnahmen; unzugängliche Lagerung von Futtermitteln und Einstreu). Das

ASP-Virus wird überwiegend direkt über Blut und Körperflüssigkeiten erkrankter Tiere, zum Beispiel von Wildschweinen übertragen. Futtermittel müssen im Betrieb so gelagert werden, dass sie gegen Kontamination geschützt sind. Dies bedeutet insoweit eine für Wildschweine unzugängliche Lagerung von Rohware, Endprodukten und Futtermitteln.

Die Maßregeln dienen dem Schutz des Schwarzwildes und der Hausschweine und sollen eine frühzeitige Feststellung der Tierseuche ermöglichen, um gegebenenfalls weitere geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung einer Weiterverbreitung des Virus einleiten zu können.

zu B. III. Nummer 8

Auf der Grundlage von Artikel 9 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 muss das Veterinäramt das Verbot des Verbringens von Schweinen aus der Sperrzone I anordnen. Gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 kann die zuständige Behörde jedoch beschließen, dass das Verbot nicht für Schweine gilt, die in der Sperrzone I gehalten wurden und innerhalb der Restriktionszonen und Deutschlands verbracht werden sollen. Somit kann die Behörde ein Verbringen von Schweinen aus einem Betrieb in der Sperrzone I innerhalb Deutschlands zulassen.

zu B. III. Nummer 9

Auf der Grundlage von Artikel 49 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 muss das Veterinäramt anordnen, dass frisches Wildschweinefleisch oder Wildschweinefleischerzeugnisse sowie tierische Nebenprodukte und Folgeprodukte, die von Wildschweinen gewonnen worden sind, die in der Sperrzone I gewonnen oder erlegt worden sind, nicht verbracht oder ausgeführt werden dürfen. Gemäß Artikel 51 und 52 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 kann das Veterinäramt Ausnahmen von diesem Verbot erteilen, wenn die dort genannten Bedingungen erfüllt sind.

Zu B. IV Nummer 1

Auf der Grundlage von Artikel 9 der Durchführungsverordnung 2023/594 muss das Veterinäramt das Verbot des Verbringens von Schweinen aus der Sperrzone I, II und III anordnen. Gemäß Artikel 14 der Durchführungsverordnung 2023/594 kann das Veterinäramt auf Antrag Ausnahmen von diesem Verbot genehmigen, wenn die dort benannten Bedingungen erfüllt sind.

Zu B. IV Nummer 2

Aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung wurde im gesamten Schutzkorridor gemäß § 14d Absatz 6 in Verbindung mit § 14a Absatz 8 Nummer 1 Schweinepest-Verordnung die vollständige Entnahme von Schwarzwild angeordnet. Die Schwarzwildpopulation soll dadurch derart reduziert werden, dass Infektionsketten abreißen und eine Tilgung der ASP möglich wird.

Gemäß dem Leitfaden zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg (Anlage A2) als Anlage des Erlasses „Durchführung der Schweinepest-Verordnung – Anordnung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Restriktionsgebieten“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 20. März 2021 sind Bewegungsjagden erst durchzuführen oder gegebenenfalls anzuordnen, wenn andere Jagdmethoden nicht effektiv durchführbar sind. Bewegungsjagden sind zudem auf ausgewählte Flächen zu begrenzen. Die Jagdhundausbildung ist gemäß dem Erlass nicht zulässig.

Auf dieser Grundlage wird im Tenor dieser Verfügung unter B. IV. Nummer 2 angeordnet, dass Bewegungsjagden und Erntejagden der Unteren Jagdbehörde anzuzeigen sind. Die Behörde hat dadurch die Möglichkeit, sofern es aus tierseuchenrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, die Bewegungsjagden und Erntejagden zu untersagen.

Da diese Form der Jagd von den Jagdausübungsberechtigten entsprechend umfangreich vorbereitet werden muss, ist der Zeitpunkt der geplanten Jagd für gewöhnlich lange im Voraus bekannt und die Forderung zur Anzeige bei der Behörde mindestens zehn Tage im Voraus verhältnismäßig.

Die Anordnungen dieser Allgemeinverfügung stehen im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde nach § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 40 Verwaltungsverfahrensgesetz.

Die getroffenen Maßnahmen stehen nicht außer Verhältnis zum Ziel, eine Weiterverbreitung des Krankheitserregers zu verhindern. Durch eine vermehrte Infektion der Wildschweine, die bisher teilweise in der Nähe von Ortschaften verendet sind, besteht das Risiko einer Erkrankung auch der in den Restriktionsgebieten gehaltenen Hausschweine. Dies trifft insbesondere auf Freilandhaltungen zu. Eine Erkrankung könnte hier eine Keulung des gesamten Hausschweinbestandes nach sich ziehen.

Breitet sich das Virus unkontrolliert aus, so kann dies neben Leistungseinbußen auch erhebliche Tierverluste und strenge Handelsbeschränkungen nach sich ziehen. Dies hätte erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen auch für nicht von der Krankheit betroffene Betriebe und für ganze Wirtschaftsbereiche in der Region sowie landesweit.

Die getroffenen Maßnahmen sind erforderlich. Ein milderer Mittel zur Erreichung der vorgenannten Ziele ist nicht erkennbar. Die Anordnungen sind geeignet, die Tierseuche frühzeitig zu erkennen und für den Fall des Auftretens der Verbreitung entgegenzuwirken. Die Maßnahmen sind angemessen und führen nicht zu einem persönlichen Nachteil, der erkennbar außer Verhältnis zum eingangs erläuterten Ziel steht.

Die zeitlich und räumlich überschaubar befristeten Beschränkungen der individuellen Bewegungs- und Handlungsfreiheit und auferlegten Maßregeln sind angesichts der benannten Gefahren verhältnismäßig.

Die Allgemeinverfügung ist gemäß § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 36 Absatz 2 Nummer 1 Verwaltungsverfahrensgesetz vorerst auf den **22. Januar 2024, 0 Uhr** befristet, wobei sich das Veterinäramt die Aufhebung zu einem früheren Zeitpunkt vorbehält, falls es die epidemiologische Lage erlaubt. Eine Befristung und Aufhebbarkeit dieser Allgemeinverfügung gebietet insoweit der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

zu C.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung für folgende Anordnungen aufgrund des besonderen öffentlichen Interesses angeordnet:

B. I. Nummer 3, 4 und 6; B. II. Nummer 4 bis 6 und Nummer 8 bis 10; B. III. Nummer 1, 4 bis 7 und Nummer 9; B. IV. Nr. 2.

Nach § 80 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsgerichtsordnung kann die sofortige Vollziehung angeordnet werden. Die Voraussetzung liegt hier vor, da der Ausbruch und die Ausbreitung der ASP und damit die Gefahr von tiergesundheitlichen wie auch wirtschaftlichen Folgen schnellstmöglich erkannt und unterbunden werden muss.

Die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche und der damit verbundene tiergesundheitliche sowie wirtschaftliche Schaden sind höher einzuschätzen als persönliche Interessen an der aufschiebenden Wirkung als Folge eines eingelegten Rechtsbehelfs.

Die Verpflichtung zur Anzeige und Beprobung erlegten und verendet aufgefunden Schwarzwildes durch Jagdausübungsberechtigte in allen Restriktionsgebieten sowie die Anzeigepflicht der Tierhalter auch in der Pufferzone in Bezug auf verendete, erkrankte Schweine und hinsichtlich der Anzahl der gehaltenen Schweine gegenüber dem Veterinäramt ist erforderlich. Die Behörde kann dadurch schnellstmöglich, ohne

Zeitverzögerung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Tierseuche einleiten beziehungsweise das Ausmaß einer Gefährdung von Hausschweinebeständen erkennen und hierfür geeignete Schutzmaßnahmen vornehmen.

Die Verpflichtung zum Anlegen von Jagdschneisen durch die Landwirte auf gesonderte Anordnung des Veterinäramtes bedarf einer unverzüglichen Umsetzung, um den Jägern eine schnellstmögliche, erleichterte Bejagung und damit Beschränkung der Wildschweinpopulation zu ermöglichen, um eine Weiterverbreitung der Tierseuche einzuschränken.

In Anbetracht der erheblichen Gefahren, die die Tierseuche bei einem Kontakt mit Hausschweinen hat und vor dem Hintergrund des akuten Ausbruchsgeschehens, ist es zwingend erforderlich, sich ohne zeitlichen Aufschub an die Maßregel zu halten, dass Schweine in einen Stall abzusondern sind und nicht auf öffentlichen oder privaten Wegen außerhalb des Betriebsgeländes getrieben werden. Gleiches gilt auch für die Maßregel, dass Futter, Einstreu und anderes, die für Schweine bestimmt sind oder mit ihnen in Berührung kommen können, wildschweinsicher aufbewahrt werden müssen.

Aufgrund der hohen Resistenz des aktuell aktiven ASP-Virus gegenüber Umwelteinflüssen ist die Anordnung des Verwendungsverbotes von Gras, Heu und Stroh für Schweine zwingend zum Schutz der Hausschweinebestände ohne Aufschub erforderlich. Selbiges gilt für die Verwendung von Erntegut aus der weißen Zone und dem Schutzkorridor. Auch die Anordnung, Sauen in der aktuellen Zeit nicht zu besamen, duldet aus Tierwohlgründen keinen Aufschub. Die räumliche Kapazität der Betriebe als auch das Tierwohl gebieten es, aktuell keine weiteren Ferkel zu produzieren.

Ebenfalls ist die Anordnung des Verbringungsverbotes von frischem Schweinefleisch, Wildschweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnissen und Wildschweinefleischerzeugnissen, einschließlich Tierdarmhüllen, sowie tierischen Nebenprodukten und Folgeprodukten sowie Zuchtmaterial aufgrund der hohen Resistenz des aktuell aktiven ASP-Virus gegenüber Umwelteinflüssen erforderlich, um eine Verbreitung des Virus auf diesem Weg zu verhindern.

Die aufschiebende Wirkung der Anfechtung der angeordneten eilbedürftigen Maßnahmen würde bedeuten, dass anderenfalls die kurzfristige Feststellung des Ausbruchs und damit eine wirksame Bekämpfung der Tierseuche nicht mehr gewährleistet wären.

Im Übrigen ist diese Allgemeinverfügung gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

zu D.

Gemäß § 14d Absatz 2 Satz 5 Schweinepest-Verordnung werden die Festlegung eines gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) und der Pufferzone (Sperrzone I) sowie deren Änderung oder Aufhebung von der zuständigen Behörde öffentlich bekannt gemacht und nachrichtlich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bekanntgabe der Allgemeinverfügung erfolgt auf Grundlage des § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz. Danach gilt eine Allgemeinverfügung zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. In der Allgemeinverfügung kann ein hiervon abweichender Tag, jedoch frühestens der auf die Bekanntmachung folgende Tag, bestimmt werden, § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz. Von dieser Ermächtigung wurde unter D. dieser Allgemeinverfügung Gebrauch gemacht, da die angeordneten tierseuchenrechtlichen Maßnahmen keinen Aufschub dulden.

Die Bekanntmachung erfolgt nach § 41 Absatz 4 Satz 1 und 2 Verwaltungsverfahrensgesetz durch die ortsübliche Bekanntmachung des verfügenden Teils.

Bei der Bekanntgabe durch ortsübliche Bekanntmachung ist zu berücksichtigen, dass vorliegend der Adressatenkreis so groß ist, dass er, bezogen auf die akute Gefahrenlage infolge der Einschleppung einer hoch ansteckenden Tierseuche sowie des sich aktuell weiter ausbreitenden epidemiologischen Geschehens, nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens vernünftigerweise nicht mehr in Form einer Einzelbekanntgabe angesprochen werden kann. Von einer Anhörung wurde daher auf der Grundlage des § 1 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 28 Absatz 2 Nummer 4 Verwaltungsverfahrensgesetz verzichtet.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landrat des Landkreises Oder-Spree, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Breitscheidstraße 7, 15848 Beeskow erhoben werden.

Bei Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der vorgenannten Behörde eingegangen ist. Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde dessen Versäumnis Ihnen zugerechnet werden.

Rolf Lindemann
Landrat

Anlagen

- A1 - Karte der Restriktionsgebiete vom 21. Juli 2023
- A2 - Leitfaden zur Bejagungsstrategie im Rahmen der ASP-Bekämpfung im Land Brandenburg
- A3 - Leitfaden des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zu Anbauregelungen auf Grund der ASP-Seuchenbekämpfung
- A4 - Merkblatt zu Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach dem Wildschweinkontakt